

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

vom 10. Juni 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Juni 2024)

zum Thema:

**Veranstaltung des „Roter Baum e.V.“ am 01.06.2024 auf dem Barnimplatz in
Marzahn**

und **Antwort** vom 27. Juni 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Juni 2024)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/19385
vom 10.06.2024

über Veranstaltung des „Roter Baum e.V.“ am 01.06.2024 auf dem Barnimplatz in Marzahn

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung: Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Im Sinne einer sachgerechten Antwort hat er daher das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

Vorbemerkung: Am 01.06.2024 soll auf dem Barnimplatz in Marzahn ein sogenanntes „Respekt und Neugier“ Festival des „Roter Baum e.V.“ stattgefunden haben.
<https://www.roter-baum-berlin.de/>

1. Welches Ziel verfolgte diese Veranstaltung?

Zu 1.: Der Veranstalter beschreibt in seinem Zuwendungsantrag die Ziele der Veranstaltung wie folgt: „Das „Respekt und Neugier“ Festival ist eine eintägige, kostenfreie Veranstaltung vom „Roten Baum“ Berlin UG, die viele Mitmachangebote, in erster Linie für Kinder und Jugendliche, sowie Konzerte anbietet. [...] Angesichts der steigenden Gefahr für unsere Demokratie ist die politische Bildung ein höchstwichtiger Aspekt und Aufgabe aller sozialen Akteur*innen in unserer Gesellschaft. Das diesjährige „Respekt und Neugier“ Festival möchte sich die Europawahl 2024 als Motto nehmen und ihre Wichtigkeit hervorheben. [...] Das Erreichen von Erstwähler*innen ist ebenfalls als ein wichtiger Punkt zu betrachten, denn es handelt sich um das Einsehen der Notwendigkeit von demokratischen Handlungen bei jungen Menschen. [...]“

2. Sind öffentliche Gelder für diese Veranstaltung verauslagt worden? Wenn ja, in welcher Höhe?

Zu 2.: Es wurden Projektmittel in Höhe von 15.000 € aus dem Programm „Partnerschaften für Demokratie“ zur Verfügung gestellt

3. Wurde die Veranstaltung beim zuständigen Ordnungsamt angemeldet? Wenn ja, wann und mit welchen Angaben hinsichtlich des Beginns und des Endes, sowie des Inhaltes?

Zu 3.: Die Veranstaltung wurde am 07. Mai 2024 ordnungsgemäß angemeldet bzw. beantragt. Am 15. Mai 2024 wurde die Ausnahmegenehmigung nach dem Landes-Immissionsschutzgesetz Berlin (LImSchG Bln) und am 28. Mai 2024 wurde die Sondernutzungserlaubnis nach dem Grünanlagengesetz (GrünanlG) für den Zeitraum von 16:00 - 22:00 Uhr (inklusive Auf- und Abbau 10:00 - 00:00 Uhr) erteilt. Beantragt wurden ein Fastfoodstand, ein Getränkestand sowie eine Bühne.

4. Falls die Veranstaltung nicht angemeldet wurde: Was gedenkt das Bezirksamt zu tun, um dieses Fehlverhalten des Veranstalters zu sanktionieren und eine Wiederholung auszuschließen?

Zu 4.: Siehe Antwort zu Frage 3.

5. Wurden bei der Veranstaltung offene Lebensmittel zubereitet und/oder in den Verkehr gebracht? Wenn ja, wer hat wann die Auflagen zur Lebensmittelsicherheit nach HACCP kontrolliert und wie waren die konkreten Ergebnisse?

Zu 5.: Seitens der Veranstaltenden wurden keine Speisen angeboten. Lediglich die Band wurde mit einem Catering versorgt. Ein kommerzieller Imbiss hat sog. „Langosz“ verkauft. Eine Kontrolle wurde nicht durchgeführt. Für die Lebensmittelüberwachung ist in Berlin das jeweilige Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamt zuständig und es entscheidet in eigener Verantwortung welcher Lebensmittelunternehmer wann und wo kontrolliert wird.

6. Falls offene Lebensmittel in den Verkehr gebracht wurden und eine Kontrolle durch die zuständigen Behörden nicht stattgefunden hat: Was gedenkt das Bezirksamt zu tun, um derartige Vorgänge in Zukunft auszuschließen und die Lebensmittelsicherheit nach HACCP bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu gewährleisten?

Zu 6.: Siehe Antwort zu Frage 5.

7. Kam es bei dieser Veranstaltung zu Lärmbelästigungen für die Anwohner?

Zu 7.: Die Polizei prüfte die Lautstärke vor Ort und erteilte keinerlei Auflagen.

8. Wie verhält es sich, dass auf dem Barnimplatz eine politische Veranstaltung offenbar durchgeführt wurde, wobei der AfD Marzahn Hellersdorf der Standort Barnimplatz für politische Veranstaltungen (Infostände) 2023 vom Ordnungsamt abgelehnt wurde mit der Begründung, dass auf dem Barnimplatz politische Aktivitäten nicht (mehr) möglich seien?

Zu 8.: Der Fachbereich Grün (FB Grün) des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) als Fachvermögensträger hat für die Veranstaltung vom Verein "Roter Baum e.V." am 01. Juni 2024 eine positive fachliche Stellungnahme bei der genehmigenden Behörde hinterlegt. Der FB Grün als Fachvermögensträger hat im Jahr 2023 dem Infostand der AfD (Antrag vom 20. Juni 2023) auf den Barnimplatz zugestimmt. Erlaubnisse werden grundsätzlich nicht aus politischen Gründen verweigert oder erteilt, sondern werden je nach Gesetzeslage (Berliner Straßengesetz oder Grünanlagengesetz) behandelt. Die Genehmigung von Veranstaltungen oblag auch 2023 nicht dem Ordnungsamt. Die Fragestellung kann diesbezüglich nicht rekapituliert werden.

Berlin, den 27. Juni 2024

In Vertretung

Max Landero

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung